iwd

Der Informationsdienst
des Instituts der deutschen Wirtschaft

Energiepreise | 02.09.2022 | Lesezeit 3 Min.

Anstieg des Gaspreises könnte viele Arbeitsplätze kosten

Die ohnehin durch die Corona-Pandemie gebeutelte Wirtschaft in Deutschland und Europa wird durch die Folgen des Kriegs in der Ukraine zusätzlich geschwächt. Steigt der Gaspreis weiter, drohen erhebliche Wohlstandsverluste und ein Anstieg der Arbeitslosigkeit, wie eine Simulationsrechnung des IW zeigt.

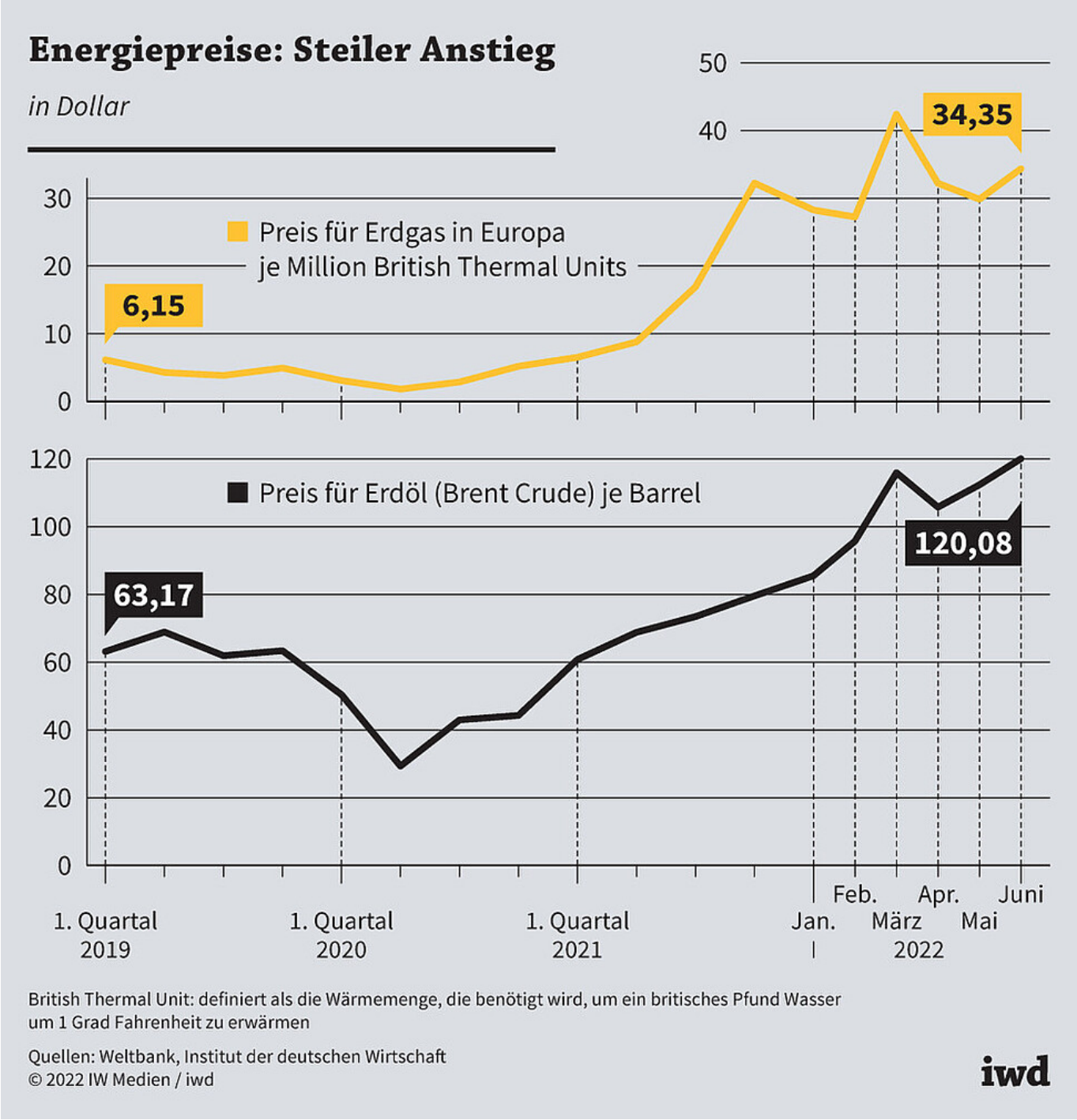
Gut zweieinhalb Jahre nach Ausbruch der Corona-Pandemie sind in vielen Ländern Europas die wirtschaftlichen Einbußen durch Lockdowns, Lieferengpässe und weitere Störfaktoren noch nicht wettgemacht – zumal krankheitsbedingte Ausfälle von Arbeitnehmern und die harte Corona-Politik Chinas eine Normalisierung der globalen Wirtschaft nach wie vor erschweren. Die Folge:

Im Schnitt der 27 EU-Staaten lag das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 2022 nur knapp über dem Wert des vierten Quartals 2019.

Andere zentrale Kennziffern wie die Industrieproduktion oder die privaten Konsumausgaben erreichten im EU-Schnitt ebenfalls gerade mal das Vor-Corona-Niveau oder verfehlten es sogar.

Und statt sich allmählich weiter zu erholen, müssen die europäischen Volkswirtschaften nun noch die ökonomischen Auswirkungen des russischen Kriegs gegen die Ukraine verkraften. Der derzeit größte Belastungsfaktor sind die drastisch gestiegenen Energiepreise (Grafik):

Im Juni 2022 mussten die Kunden am Gasmarkt in Europa für jede Wärmemengeneinheit rund achtmal so viel bezahlen wie drei Jahre zuvor.



Auch Rohöl hat sich zuletzt deutlich verteuert – ein Barrel kostete im Juni nahezu doppelt so viel wie vor einem Jahr.

Der Energiepreisanstieg bereitet nicht nur den privaten Haushalten Kopfzerbrechen, er treibt zugleich die Kosten der Unternehmen in die Höhe. Dadurch schnellen in Europa auch allgemein die Preise nach oben:

Im EU-Durchschnitt waren die Verbraucherpreise im Juni 2022 fast 10 Prozent höher als ein Jahr zuvor – in mehr als 15 Ländern Europas überschritt die Inflationsrate die 10-Prozent-Marke.

Die wesentliche Ursache für die Preisschocks ist, dass Russland seit Beginn des Kriegs seine Energielieferungen an die EU-Staaten als taktische Waffe einsetzt – vor allem russisches Gas fließt willkürlich nur noch in geringer Menge oder zeitweise fast gar nicht gen Westen. Das Problem: Bislang sind viele EU-Länder auf Energie aus Russland angewiesen – so bezogen Estland, Finnland, Bulgarien und Lettland 2021 fast 100 Prozent ihrer Gasimporte aus Russland, in den meisten mittel- und osteuropäischen Ländern lag der Anteil über 50 Prozent.

Dies gilt auch für Deutschland, das zudem durch seinen hohen Industrieanteil an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung mit Blick auf die hohen Energiekosten besonders verwundbar ist.

> Verdoppelt sich der Gaspreis, würde dies die Wirtschaftsleistung in Deutschland im kommenden Jahr um 2 Prozent drücken – die Einbußen betrügen dann insgesamt 70 Milliarden Euro.

Die jüngste Entwicklung an den Energiemärkten legt zudem nahe, dass beim Gaspreisanstieg das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht ist. Vor diesem Hintergrund hat das IW in zwei Szenarien berechnet, wie sich ein weiterer Anstieg des Gaspreises auf wichtige Kennziffern der deutschen Wirtschaft auswirken könnte. Die Ergebnisse (Grafik):

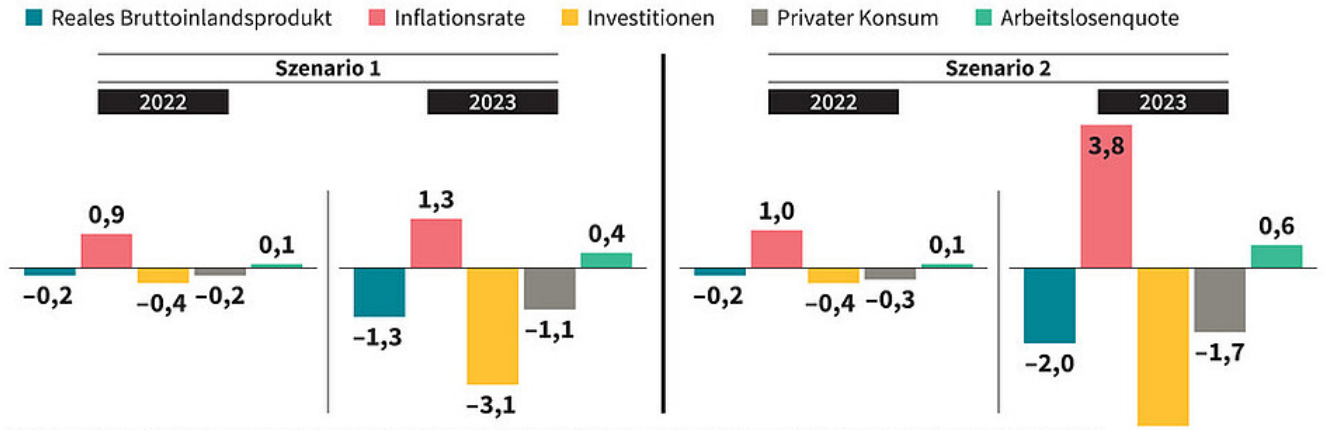
Steigt der Erdgaspreis im dritten Quartal gegenüber dem optimistischeren Basisszenario um 50 Prozent, würde das Bruttoinlandsprodukt 2022 um 0,2 Prozent und 2023 um 1,3 Prozent geringer ausfallen.

Verdoppelt sich der Gaspreis, würde dies die Wirtschaftsleistung in Deutschland im kommenden Jahr sogar um 2 Prozent drücken – die Einbußen betrügen dann insgesamt 70 Milliarden Euro.

Gaspreis-Anstieg: Düstere Szenarien für die deutsche Wirtschaft

Ausgangspunkt der Simulation ist ein Basisszenario. Es unterstellt, dass der Gaspreis bis Ende 2023 um etwa 30 Prozent und der Ölpreis um etwa 20 Prozent gegenüber dem jeweiligen Ausgangswert vom zweiten Quartal 2022 sinkt.

Veränderung zentraler Wirtschaftsindikatoren gegenüber dem Basisszenario in Prozent (reales Bruttoinlandsprodukt, Investitionen und privater Konsum) beziehungsweise in Prozentpunkten (Inflationsrate und Arbeitslosenquote)



Szenario 1: Der Gaspreis erhöht sich vom zweiten zum dritten Quartal 2022 um 50 Prozent und ist Ende 2023 immer noch doppelt so hoch wie im Jahresdurchschnitt 2021. Der Ölpreis steigt im dritten Quartal 2022 um 10 Prozent und liegt Ende 2023 noch immer um 45 Prozent über dem Jahresdurchschnitt 2021;
Szenario 2: Der Gaspreis verdoppelt sich im dritten Quartal 2022, bleibt 2023 auf diesem Niveau und ist am Jahresende viermal so hoch wie im Jahresdurchschnitt 2021. Der Ölpreis steigt im dritten Quartal 2022 um 30 Prozent und liegt Ende 2023 um etwa 72 Prozent über dem Schnitt von 2021

Quellen: Oxford Economics/Haver Analytics, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

Zu diesen Effekten trägt auch bei, dass beide Szenarien einen weiter steigenden Rohölpreis unterstellen.

Der Simulationsrechnung zufolge würde sich die Inflationsrate in Deutschland nochmals erhöhen – im schlechtesten Fall ergibt sich für 2023 eine Steigerung um 3,8 Prozentpunkte gegenüber dem Basisszenario. Die Investitionen würden im pessimistischeren Szenario um 4,2 Prozent geringer ausfallen, der private Konsum um 1,7 Prozent.

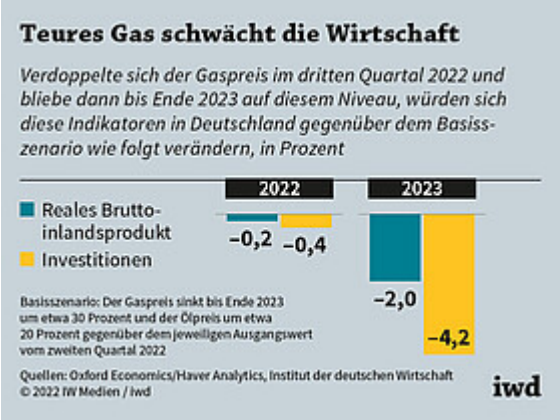
Die verschlechterte Wirtschaftslage dürfte sich auch auf dem Arbeitsmarkt niederschlagen:

Eine weitere Verdoppelung des Gaspreises gegenüber dem Basisszenario könnte in diesem Jahr etwa 30.000 und 2023 mehr als 300.000 Arbeitsplätze kosten.

Die von der Bundesregierung angekündigte Senkung des Mehrwertsteuersatzes auf Gas von 19 auf 7 Prozent ist in den Simulationsrechnungen nicht berücksichtigt und könnte die Ergebnisse etwas aufhellen. Auf der anderen Seite könnten die Wirtschaftsdaten noch schlechter ausfallen, wenn Gaslieferungen komplett ausbleiben und Ausfälle auf allen Stufen der industriellen Produktion drohen.

Politik muss handeln

Festzuhalten ist, dass alle Szenarien keine Prognosen darstellen und die weitere Entwicklung auf den Energiemärkten äußerst unsicher ist. Klar ist aber, dass die Politik handeln muss – und zwar nicht allein auf nationaler, sondern auch auf europäischer Ebene. Denn die Herausforderung, die Abhängigkeit von russischen Energielieferungen zu verringern und dabei den wirtschaftlichen Zusammenhalt der EU nicht zu gefährden, können die Staaten nur gemeinsam bewältigen.



Kernaussagen in Kürze: